Protokoll der dritten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 26.5.2010

Anwesend: Frau Janke-Schmidt (Jugendverbände), Frau Lüders (CDU), Frau Jung (FDP), Frau Klaus (Schulen), Herr Kourkoulos (SPD), Herr Misch (Jugendverbände)

von der Verwaltung: Frau Bast, Frau Krey, Herr Quiter, Herr Liedtke, Herr Engels, Herr Kernenbach (bis Top 5)

TOP 1: Begrüßung durch die Vorsitzende

Die Vorsitzende, Petra Janke-Schmidt, begrüßte die Anwesenden. Sie entschuldigte die Vertreterinnen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus beruflichen Gründen bzw. wegen des parallel tagenden Integrationsausschusses. Aus diesem Grund war auch Frau Knopp (Fraktion „Aufbruch!“), die den Unterausschuss als Gast begleitet, nicht anwesend. Die beiden Vertreter des Stadtjugendrings waren ebenfalls entschuldigt.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Da bis auf zwei alle stimmberechtigten Mitglieder des Unterausschusses bzw. deren Vertretung anwesend waren, konnte die Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 2.2.2010

Das Protokoll wurde ohne Einwände angenommen

TOP 4: Neuer Zeitplan

Die Vorsitzende stellte den neuen Zeitplan vor, den alle Mitglieder bereits als Vorlage erhalten hatten. Gegen den Zeitplan gab es keine Einwände.

TOP 5: Handlungsfeld Jugendsozialarbeit

Die beiden Mitarbeiterinnen der Jugendberufshilfe (JBH), Frau Bast und Frau Krey erläuterten anhand einer Präsentation (Anlage 1) ihre Aufgaben und die von ihnen betreuten zusätzlichen Projekte. Frau Bast erläuterte die notwendigen Arbeitsschritte und Dokumentationsanforderungen im Landesprogramm Jugend in Arbeit plus (JiA) sowie deren Refinanzierung. Beide verwiesen auf ihre mit insgesamt 39 Stunden pro Woche knapp bemessenen zeitlichen Ressourcen, die dazu führten, dass einige Aufgaben im Kernbereich der JBH, z.B. die Neuauflage des Praktikumsverzeichnisses, die Telefonaktion oder die Teilnahme an Fortbildungen oft nicht möglich sind

Herr Liedtke wies anschließend nochmals auf die vielfältigen Aufgaben der JBH mit den unterschiedlichsten Zielgruppen und Kooperationspartnern hin. Die Aufgaben seien mit der Zeit gewachsen. Vor allem für das Landesprogramm JiA, das zur eigentlichen Aufgabe hinzugekommen sei, sei die Arbeit der JBH wichtig. Er erklärte, dass eine Erhöhung der Stundenzahl um etwa 10 Stunden aus Sicht der Verwaltung sehr erwünscht sei, um zusätzliche Jugendliche betreuen zu können. Bei einer Erhöhung um 10 Stunden gehe es um 13.440,- € im Jahr, die zum Teil durch die Landesmittel aus JiA refinanziert werden könnten. Dies solle im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans auf den Weg gebracht werden. Herr Quiter verwies auf den Zwang zur Haushaltskonsolidierung, erklärte aber, dass diese Investitionen überschaubar sei. Im Gespräch mit dem Dezernenten seien weitere Möglichkeiten zur Refinanzierung überlegt worden. Hierzu habe es bereits erste Kontakte mit der ARGE gegeben. Verlässliche Zahlen könnten aber erst später vorgelegt werden

Herr Misch verwies auf die besondere Bedeutung der Arbeit der JBH auf dem Hintergrund der massiven Probleme der Zielgruppe und fragte nach der Abgrenzung der JBH gegenüber der Arbeit der Lehrer z.B. bei den betreuten Schulpraktika. Die Mitarbeiterinnen verwiesen auf die enge Kooperation zwischen JBH und Schule aber auch mit dem BSD. Hier ergeben sich Möglichkeiten, die die Schule alleine nicht habe. Schule mache viel im Rahmen des Unterrichtes, eine Einzelfallbetreuung und eine intensive Nachbetreuung sei dort aber nicht möglich.

Auf Nachfrage von Frau Janke-Schmidt erläuterten die Mitarbeiterinnen, dass die Erhöhung der Stundenzahl zunächst dem Projekt „Jugend in Arbeit“ zugute komme, dennoch sei sie auch für die anderen Aufgaben eine Hilfe, alleine weil es dadurch zusätzliche Zeit für Absprachen untereinander gebe und Synergieeffekte genutzt werden könnten. Herr Liedtke bestätigte, dass die Probleme durch die weiterhin knappen Ressorcen fürs Kerngeschäft der JBH dadurch nicht gelöst werden könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Kourkoulos erklärten die Mitarbeiterinnen der JBH, dass sie auch weiterhin alle Jugendlichen beraten, die die offenen Sprechstunden aufsuchten, jedoch nicht immer direkt für alle ausreichend Zeit hätten.

Frau Jung bat für die weiteren Beratungen um genaue Zahlen und entsprechende Begründungshilfen.

Die Vorsitzende machte abschließend folgenden Beschlussvorschag:

Der Unterausschuss unterstützt die Initiative der Verwaltung zur bedarfsgerechten Ausweitung der Beteiligung am Landesprojekt Jugend in Arbeit und der damit verbundenen Aufstockung von Personalstunden in der Jugendberufshilfe. Die dadurch entstehenden zusätzlich Personalkosten werden durch erhöhte Zuweisungspauschalen weitgehend gedeckt.

Frau Jung und Frau Lüders erklärten, dass sie einen solchen Beschluss ohne Rücksprache in den Fraktionen nicht mittragen könnten. Herr Quiter erläuterte, es gehe nicht darum hier einen abschließenden Beschluss zu fassen, wozu der Unterausschuss auch kein Recht habe. Er äußerte aber Verständnis für die geäußerten Bedenken. Er schlug vor, den Beschlussvorschlag hier nur zur Kenntnis zu nehmen und in die weiteren Beratungen zu verweisen. Diesem Vorschlag wurde von allen Seiten zugestimmt.

TOP 6: Handlungsfeld „Offene Jugendarbeit“ Teil 1 – Einrichtungen in freier Trägerschaft

Herr Quiter verwies darauf, dass Herr Kourkoulos im Rahmen einer JHA-Sitzung bei diesem Punkt als befangen gelten müsse, im Rahmen einer Sitzung des Unterausschusses sehe er jedoch keine Probleme, dass dieser sich als Vertreter der SPD-Fraktion und als Einrichtungsleiter an der Diskussion beteilige.

Herr Kourkoulos berichtete daraufhin über die Arbeit in den beiden Kinder- und Jugendeinrichtungen (Hotti Menden und Hotti Meindorf). Er verwies auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Einrichtungen. Während in Menden durch die OGS zunehmend weniger Kinder und mehr Jugendliche in den offenen Bereich kämen, sei dies in Meindorf auf Grund der Neubaugebiete genau umgekehrt. Dennoch werde versucht dort auch mit den auffälligen Jugendlichen Kontakt zu halten. In Meindorf biete das Hotti das einzige Angebot für Kinder und Jugendliche. Während das Hotti in Meindorf jedoch nur eine OT sei, sei Hotti Menden nicht nur Kinder- und Jugendtreff sondern habe insgesamt 8 relativ eigenständige Fachbereiche, u.a. den Fachkreis Ferien, ein Theaterprojekt und vor allem der Fachkreis „Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule“ mit der OGS und der Zusammenarbeit mit der Realschule Menden bei der Übermittagsbetreuung. Durch die Arbeit der Fachkreise und den Kooperationen auch mit den drei Jugendgruppen im Haus könnten Synergieeffekte genutzt werden. Für das Kerngeschäft der Offenen Arbeit werden auch immer wieder neue Ansätze gesucht, um neues Klientel im Rahmen der offenen Arbeit anzusprechen, z.B. mit dem Kleintierbereich oder dem neuen Brettspielzentrum.

Jürgen Misch fragte, wie die Stadtverwaltung die Arbeit des freien Trägers vor allem in Hinsicht auf diese neuen Angebote und die benannte Flexibilität der Arbeit sehe.

Herr Liedtke erläuterte, dass es die Offene Jugendarbeit z.B. der 80er Jahre schon lange nicht mehr gebe, und dass Jugendarbeit immer ein ständiges Neuerfinden sei, da sich Rahmenbedingungen und die Intersessen der Jugendlichen immer wieder veränderten. Es gebe keinen Unterschied zwischen städtischer Jugendarbeit und der freier Träger. Die Kooperation mit Schule und der verstärkte Anteil an mobiler Arbeit seien landesweit wichtige Elemente der offenen Jugendarbeit. Herr Quiter bestätigte dies und verwies auf das Subsidiaritätsprinzip.

Frau Lüders erkundigte sich, ob sich die erhöhte Zahl der jüngeren Besucher in Meindorf dadurch erklären lasse, dass das OGS-Angebot nicht ausreiche. Herr Kourkoulos erklärte, die Kinder suchten sich ihren Freizeitangebote selbst aus, nur wenige seine von den Eltern geschickt. Frau Klaus ergänzte aus ihrer Erfahrung, dass die Kinder nach der Betreuung von 8 bis 16 Uhr in der Schule keinen Bedarf mehr nach einer Einrichtung hätten, sonder nach Hause wollten. Durch das Wegbleiben der Kinder würde die Einrichtung für Jugendliche attraktiver.

Herr Liedtke verwies darauf, dass der Bedarf für offene Angebote in Menden und Meindorf gegeben seien, ebenso in Hangelar, wo der Verein zur Förderung der städtischen Jugendreinrichtungen den offenen Treff nach dem Rückzug der ev. Kirchengemeinde übernommen habe. Die beiden Hotti würden nach den Richtlinien mit 75% der anfallenden Personalkosten für die hauptamtliche Kraft und einer zusätzlichen daran berechneten 25% Sachkostenpauschale bezuschusst. Dies habe bisher auch ausgereicht. Nun habe aber der Träger mit Hinweis auf fehlende Zuschüsse des Bistums, u.a. bei den Betriebskosten, eine Erhöhung der Sachkostenpauschale auf 50% beantragt. Die Verwaltung sei zurzeit mit der Kirchengemeinde im Gespräch, um die Sachlage zu prüfen. Dies solle bis zur JHA-Sitzung abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage von Frau Jung erklärte Herr Liedtke, der bisherige Sachkostenzuschuss betrage rund 9.000,- € pro Jahr. Herr Quiter ergänzte, in Menden und Meindorf gebe es einen Bedarf, der gedeckt werden müsse. Die Frage sei, ob der Träger bei den fehlenden Zuschüssen des Bistums weiterhin Willens und in der Lage sei, diesen Bedarf zu decken. Geprüft werden müsse ob eine Anpassung des Sachkostenzuschusses gerechtfertigt ist und ob die Förderstruktur gegebenenfalls geändert werden muss.

Herr Kourkoulos ergänzte, die Sachkosten hätten sich in den letzten 13 Jahren bis auf Honorarkosten kaum erhöht und seine bisher zum großen Teil durch die Kirchengemeinde und den Förderverein „Hotti e.V“ getragen worden. Durch zwei parallel geöffnete Einrichtunge ergeben sich erhöht Sachkosten durch den Bedarf an Honorarkräften. Viele Anschaffungens in den letzten Jahren, z.B. für den Medienraum, seien jedoch nur duch zusätzliche Spenden möglich gewesen. Nun könnten aber die Sachkosten nicht mehr im bisherigen Umfang durch die Kirchengemeinde getragen werden, da das Bistum nicht mehr die Betriebskosten wie bisher bezuschusse. Auch die städtischen Mittel aus dem „Innovationstopf“, mit denen früher Projekte und Angebote finanziert werden konnten, seine inzwischen zusammengestrichen worden.

Herr Quiter berichtetet, eine Finanzierung der anteiligen Betriebskosten über die Sachkostenpauschale sei möglich, es müsse bei einer Erhöhung jedoch genau geprüft werden, wie hoch die anteiligen Betriebskosten tatsächlich sind. Gegebenfalls müsse auch überlegt werden, ob der Sachkostenzuschuss anders berechnet werden müsse. Herr Liedtke erklärte die bisherige pauschale Regelung sei aus Gründen der Vereinfachung erfolgt. Die Verwaltung müsse nach Klärung der offenen Fragen mit der Kirchengemeinde prüfen, ob die Richtlinien so noch ausreichen.

Die Vorsitzen stellte folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Unterausschuss stellt fest, dass es weiterhin einen Bedarf für Offene Jugendarbeit in Menden, Meindorf und Hangelar im bisherigen Umfang gibt. Der Unterausschuss beauftragt die Verwaltung, den Bedarf für eine Erhöhung der Sachkostenpauschale entsprechend des Schreibens der Kirchengemeinde zu überprüfen und zu ermitteln.

Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände.

TOP 7: Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

Umsetztung der Richlinienänderungen

Da Herr Körber vom Stadtjugendring, der über diesen Punkt berichten wollte, bei der heutigen Sitzung entschuldigt war, konnte hierüber kein Bericht erfolgen. Dieses soll auf der nächsten Sitzung nachgeholt werden.

Jugendstadtrat

Herr Engels berichtetet vom erfolgreichen Start des Jugendstadtrates (JSR). Nicht nur die Wahlen sind erfolgreich verlaufen, auch die erste Sitzung fand am 26.4.2010 unter großem Medieninteresse (Liveschaltung ins Regionalprogramm des WDR-Fernsehens) erfolgreich statt. Die Sitzung verlief sehr konzentriert und ergebnisorientiert. Es wurden u.a. die Vertretung des JSR in den Ratsgremien besetzt und drei Ausschüsse gebildet zum Thema Öffentlichkeitsarbeit (Internetseite, Entwurf von Handzetteln etc.), Veranstaltungen (als erstes Projekt eine Party, um den JSR bekannt zu machen) und Jugendangebote (Angebote in Jugendeinrichtungen und Treffpunkte für Jugendliche im öffentlichen Raum). Zwei der Ausschüsse haben bereits mit guten Ergebnissen ohne Anwesenheit eines Vertreters der Stadtverwaltung getagt.

TOP 8: Finanzplanung

Herr Liedtke stellte den von ihm als Vorlage versandten alten Finanzplan 2007 bis 2009 sowie eine ebenfalls versandte Tabelle vor, die einen ersten Überblick über den neuen Finanzplan geben soll. In der Tabelle sind die Haushaltsmittel aus 2009 und die Ansätze für 2010 aufgeführt. Berücksichtigt sind die bereits durch Beschlüsse des JHA gestützten Erhöhungen der Ansätze z.B. bei der Richtlinienförderung oder die Erweiterung der Stadtteilwohnung Niederpleis.

Diese Tabelle wird bis zur nächsten Sitzung noch um die entsprechenden Begründungen und die Ansätze für die Folgejahre nach 2010 ergänzt, sowie um die Ansätze für Personalkosten und investive Mittel. Diese Tabelle bildet dann den Finanzplan für den Kinder- und Jugendförderplan 2010 – 2014 ab.

Herr Liedtke verwies darauf, dass es im Haushalt immer noch einige sachliche Fehler vor allem bei der Zuordnung von einzelnen Positionen zu den jeweiligen Produkten gebe, die bei der nächsten Aufstellung des Haushaltes bereinigt werden sollen.

TOP 9: Ausblick auf die nächste Sitzung / Sonstiges

Die nächste Sitzung soll am 9.6.2010 um 18 Uhr im Jugendzentrum erfolgen. Die Einladung wird umgehend versandt. Das Protokoll und der fertige Finanzplan sollen ebenfalls noch vor der Sitzung verschickt werden.

Herr Misch bat für die Vertreter der freien Träger um eine Erläuterung der neuen Begriffe und Strukturen des städtischen Haushalts. Herr Quiter erklärte, eine entsprechende Schulung über die Haushaltssystematik, wie sie für die Fraktionen bereits stattgefunden habe, sei auch für die Vertreter der freien Träger im JHA geplant.

Ende der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Janke-Schmidt, bedankte sich bei Herrn Kourkoulos für die Gastfreundschaft und bei den anwesenden Mitgliedern für deren Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 20.30 Uhr.

……	……..
Klaus Engels	Petra Janke-Schmidt
(Protokollführer)	(Vorsitzende des Unterausschusses)